



## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag teilt die Auffassung des schleswig-holsteinischen Suchtbeauftragten zu „Drugchecking-Angeboten“ und der Erhöhung der Eigenbedarfsgrenze bei Cannabis. Entsprechend spricht sich der Landtag dafür aus,

1. keine Veränderung des Grenzwertes für Cannabisprodukte in der Richtlinie zur Umsetzung des § 31 a des Betäubungsmittelgesetzes vorzunehmen;
2. keine „Drugchecking-Angebote“ staatlich zu fördern, sondern stattdessen weiterhin sinnvolle Präventionsangebote insbesondere für Jugendliche zu unterstützen.

Anita Klahn  
und Fraktion